

Betreff Notwendiges Personal zur Versorgung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine

Dezernat/e VI

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- | | |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung | <input type="checkbox"/> Rechtsamt |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kämmerei | <input type="checkbox"/> Umweltamt: Umweltprüfung |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGIG | <input type="checkbox"/> Straßenverkehrsbehörde |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGO | |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges | |

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) DL-Nr.

- | | | |
|-----------------|---|------------------------------------|
| Kommission | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ausländerbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kulturbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ortsbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Seniorenbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Stadtverordnetenversammlung

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

nicht erforderlich erforderlich

öffentlich nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

22-V-06-0005

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind

- keine finanziellen Auswirkungen verbunden
 finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün

Prognose Zuschussbedarf
abs.:
in %:

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist)
abs.:
in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten	...davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperr, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
CO	2022	Personal- und Arbeitsplatzkosten	ca. 1.600.000€	ca. 1.600.000€	0€	verschiedene
Summe einmalige Kosten:			ca. 1.600.000€	ca. 1.600.000€	0€	
CO	2023ff	Personal- und Arbeitsplatzkosten	ca. 2.800.000€	ca. 2.800.000€	0€	
Summe Folgekosten:			ca. 2.800.000€	ca. 2.800.000€	0€	

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 1.500 Zeichen)

Die Personal- und Arbeitsplatzkosten sind überschlägig ermittelt und werden gem. Punkt 2.4 konkretisiert

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

In den letzten 7 Wochen sind 3.230 Menschen aus der Ukraine in Wiesbaden angekommen. Die Vorlage dient dazu, die dadurch entstehenden personellen Mehrbedarfe anzuerkennen, sodass weiteres Personal vorab der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung akquiriert werden kann, um die Menschen gut zu versorgen und das an der Belastungsgrenze befindliche Personal zu entlasten.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. bislang 3.230 Menschen aus der Ukraine in Wiesbaden registriert wurden (Stand 20.4.2022),
 - 1.2. im Vergleich dazu, der Höchststand im Zuge der Fluchtbewegungen 2015ff. im Jahr 2016 bei 2.857 aufgenommenen Personen lag, wovon nach wie vor 1.200 Personen in Gemeinschaftsunterkünften leben, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder dem Sozialgesetzbuch II erhalten und sozialdienstlich betreut werden.
 - 1.3. von den bisher in Wiesbaden registrierten Personen aus der Ukraine 987 in Gemeinschaftsunterkünften und 538 in Hotels untergebracht werden konnten. 1.705 Personen leben derzeit auf Grund des großen Engagements von WiesbadenerInnen in Privatwohnungen,
 - 1.4. von den bisher in Wiesbaden registrierten Menschen aus der Ukraine 1.197 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind, davon sind 916 unter 14 Jahre. Ca. 400-500 Kinder haben einen Rechtsanspruch auf Betreuung im vorschulischen Bereich,
 - 1.5. im Vergleich dazu, im Zuge der Fluchtbewegungen 2015ff. der Höchststand von zu betreuenden Kinder und unbegleitete minderjährigen geflüchtete Personen im Jahr 2016 bei 497 lag.
 - 1.6. die aktuelle Personalausstattung im Amt für Zuwanderung und Integration (33), Sozialleistungs- & Jobcenter (50) sowie Amt für Soziale Arbeit (51) nicht ausreichend ist, um die Versorgung, Unterbringung und Betreuung der zahlreichen Menschen aus der Ukraine schnell zu gewährleisten,
 - 1.7. den Mitarbeitenden der zuständigen Abteilungen dieser drei Ämter bereits Mehrarbeit angeordnet wurde, diese aber auch an ihre Belastungsgrenze kommen und darüber hinaus weiterhin Personalausfälle durch Corona zu verzeichnen sind, was wiederum zu zusätzlichen Mehrbelastungen der verbleibenden Mitarbeitenden führt,
 - 1.8. daher dringend zusätzliches Personal akquiriert werden muss,
 - 1.9. bei einer Personalkalkulation mindestens die angekündigte Zuweisungsquote des Landes Hessens von 3.000 Menschen nach Wiesbaden zu berücksichtigen ist,
 - 1.10. demnach im Amt 33 mindestens 6 weitere Vollzeitäquivalente (VZÄ) für die Ausländerbehörde in den Sachgebieten allgemeines Ausländerrecht und humanitäre Aufenthaltsrechte, im Amt 50

mindestens 1 VZÄ im Unterbringungsmanagement und 15 VZÄ (inkl. der Verlängerung der Stellen mit bereits existierenden kw-Vermerken) im Sachgebiet Soziale Arbeit in Unterkünften der Abteilung Unterbringungsmanagement und Soziale Hilfen für Wohnungslose und Geflüchtete und im Amt 51 in der Abteilung Sozialdienst im Sachgebiet Bezirkssozialarbeit und im Sachgebiet Wirtschaftliche Jugendhilfe, Unterhaltsausfall- und Unterhaltsvorschuss mindestens 10 VZÄ im ersten Schritt benötigt werden,

- 1.11. aktuell davon auszugehen ist, dass weitere geflüchtete Menschen nach Wiesbaden kommen werden, sodass weitere Personalanpassung in den betroffenen drei Ämtern nicht auszuschließen sind.

2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1. zur Bewältigung der aktuellen Situation die dringend notwendigen Personalbedarfe in den Ämtern 33, 50, 51 von 32 VZÄ schnellstmöglich überplanmäßig besetzt werden können,
 - 2.2. die Personal- & Arbeitsplatzkosten in Höhe von ca. 1,6 Mio. € für die 32 VZÄ in 2022 können nicht durch das Budget von Dezernat VI finanziert werden. Die finanzielle Unterstützung der Kommunen zur Bewältigung der aktuellen Situation durch Land und Bund wurde angekündigt. Eine konkrete Höhe ist derzeit nicht bekannt. Sofern eine Erstattung/Kostenbeteiligung kommt, wird diese zweckgebunden zur Refinanzierung herangezogen. Verbleibende Kosten sind im Rahmen der allgemeinen Finanzwirtschaft zu finanzieren,
 - 2.3. für den HH 2023 ff. sind die Personal- & Arbeitsplatzkosten in Höhe von ca. 2,8 Mio. € dem Budget des Dezernates VI zuzusetzen, sofern keine Refinanzierung erfolgt. Die Eingabevorgaben sind entsprechend zu erhöhen,
 - 2.4. zur Schaffung von Planstellen, Erhöhung der VZÄ-Kontingente sowie der Konkretisierung der notwendigen Haushaltsmittel für die Folgejahre die entsprechenden Sitzungsvorlagen nachgereicht werden.

D Begründung

Wenn man die Flüchtlingssituation der letzten 5 Wochen mit der Flüchtlingssituation der Jahre 2015ff. vergleicht, wird ersichtlich, dass die aktuelle Situation wesentlich herausfordernder ist, als in den Jahren zuvor. Seit Beginn des Krieges vor ca. 7 Wochen in der Ukraine sind bereits 3.230 Menschen in Wiesbaden angekommen. Der Höchststand der in Wiesbaden unterzubringenden geflüchteten Menschen der Jahre 2015ff. lag im Jahr 2016 bei 2.857 Menschen, wovon nach wie vor 1.200 Personen in Gemeinschaftsunterkünften leben, materiell sowie sozialdienstlich versorgt werden. Zu den 1.200 Personen, die noch aus den Jahren 15/16 ff. in GU's leben, sind seit dem Krieg in der Ukraine weitere 160 Geflüchtete aus Syrien, dem Iran und Irak sowie Spätaussiedler hinzugekommen.

Die Personalressourcen der betroffenen Fachbereiche der Ämter 33, 50 und 51 sind dafür nicht ausgelegt. Im Bereich des Amtes 51 ergibt sich im Sachgebiet Wirtschaftliche Jugendhilfe, Unterhaltsausfall- und Unterhaltsvorschuss und bei der Versorgung bei der Sachbearbeitung bspw. ein Delta 2022 von 1,77 VZÄ im Vergleich zu 2016 und im Sachgebiet Bezirkssozialarbeit (Versorgung von umA) ein Delta von 4,25 VZÄ. In Wiesbaden sind nun in den letzten Wochen 1.197 Kinder- und Jugendliche nach Wiesbaden gekommen. Der Höchststand von betreuten unbegleiteten Kindern und Jugendlichen im Jahr 2016 betrug 497. Aktuell kommen zwar deutlich weniger unbegleitete Kinder nach Wiesbaden, aber in der Gesamtzahl sind dies knapp doppelt so viele, die Anspruch auf soziale Unterstützung haben. Es ist davon auszugehen, dass weitere geflüchtete Kinder und Jugendliche nach Wiesbaden kommen. Daraus ergibt sich der prognostizierte Bedarf von 10 zusätzlichen Stellen im Amt 51.

Im Amt 33 gibt es ein anerkanntes Kennziffernmodell. Aus diesem ergibt sich, ein Mehrbedarf für die Bearbeitung der aufenthaltsrechtlichen Fragestellungen in Bezug auf die Fallzahlen von Personen aus der Ukraine von 6,2 Stellen.

In der betroffenen Abteilung 5005 im Amt 50 waren im Jahr 2014 15,6 VZÄ, im Jahr 2015 31,12 VZÄ und im Jahr 2017 56,72 VZÄ beschäftigt, um die geflüchteten Menschen, die in den Jahren 2015ff. kamen, gut

zu versorgen. Nach schrittweisen Fallzahlenrückgang bis auf die derzeit weiterhin in Versorgung befindlichen 1.200 geflüchteten Personen aus anderen Ländern, wurde im Jahr 2019 mit Beschlussnummer 0520 durch die Stadtverordnetenversammlung der Aufbau eines Unterbringungsmanagements für unfreiwillig wohnungslose Menschen beschlossen, wodurch das Aufgabenspektrum der Abteilung um eine Zielgruppe erweitert wurde. Im Jahr 2021 wurde zudem das Projekt #wohin (Beschluss-Nr. 0676) gestartet, wobei die dafür benötigten Stellen im Amt 50 budgetneutral durch Wegfall von kw-Vermerken umgesetzt wurden. Seit 01.04.2022 ist das dazugehörige Fallmanagement besetzt. Etwa zur gleichen Zeit kam auch die Wohnungsaufsicht in die Abteilung 5005.

Der Aufgabenzuwachs der letzten Jahre sowie der rapide Fallzahlenanstieg innerhalb der letzten sieben Wochen, machen deutlich, dass weitere Stellen zur Bewältigung der aktuellen Situation benötigt werden.

Es werden daher 1 VZÄ im Unterbringungsmanagement und 15 weitere VZÄ (inkl. der Stellen mit kw-Vermerken) im Sachgebiet Soziale Arbeit in Unterkünften der Abteilung Unterbringungsmanagement und Soziale Hilfen für Wohnungslose und Geflüchtete zeitnah benötigt.

Die entsprechenden Sitzungsvorlagen für die Stadtverordnetenversammlung werden nachgereicht. Um unnötige Verzögerungen bei der Vorbereitung und der Stellenausschreibung zu verhindern, ist dieser Magistratsbeschluss jedoch unerlässlich und letztlich auch ein wichtiges Signal in die Belegschaft.

Bestätigung der Dezernent*innen

Christoph
Manjura

Digital
unterschrieben von
Christoph Manjura
Datum: 2022.04.21
11:10:41 +02'00'

Manjura
Stadtrat